

**abgeschlossen am
21. August 2002**

	<u>Seite</u>
1. Congress beschließt Erneuerung der ‚Fast-track authority‘	1
2. Congress beschließt Verschärfung der Unternehmensaufsicht	2
3. Medikamenten-Zusatzversicherung im Senat gescheitert	4
4. Kritik an Kriegsplänen gegen den Irak	5
5. Rüstungsbewilligung 2003 im Vermittlungsausschuss	6
6. Beratungen über ‚Homeland Security‘ im Senat verzögert	7
7. Repräsentantenhaus für Abtreibungsverbot	8
8. Repräsentantenhaus für neue Untersuchung der September-Anschläge	9
9. CBO korrigiert Prognosen zur Haushaltsentwicklung	10
10. Repräsentantenhaus schließt Abgeordneten aus	11

8/2002

0. Der Congress befindet sich seit dem 3. August 2002 in seiner traditionellen Sommerpause (*Summer District Work Period*) und wird seine Sitzungstätigkeit Anfang September wieder aufnehmen.

1. Congress beschließt Erneuerung der ‚Fast-track authority‘

Nach jahrelangem Tauziehen haben Repräsentantenhaus und Senat am 27. Juli/1. August 2002 mit 215:212 bzw. 64:34 Stimmen die ‚fast-track authority‘ des Präsidenten bei Handelsverträgen erneuert, die 1994 ausgelaufen war (vgl. CR 6-7/2002, S. 3; CR 12/2001, S. 1). Der Präsident hat das Gesetz am 6. August 2002 unterzeichnet und in Kraft gesetzt (*Trade Act 2002; Public Law 107-210*).

Für die historische Entscheidung, die einen großen politischen Sieg für Präsident Bush bedeutet, stimmten im Senat 20 Demokraten, 43 Republikaner und ein Unabhängiger. Im Repräsentantenhaus sprachen sich 190 Republikaner und 25 Demokraten für die Erneuerung des Schnellverfahrens bei Handelsverträgen aus, das immer wieder vor allem am Widerstand des gewerkschaftsnahen Flügels der demokratischen Partei im Repräsentantenhaus gescheitert war. Gegen die ‚*Trade Negotiating Authority Bill*‘ (HR 3009) votierten im Senat 29 Demokraten und 5 Republikaner. Im Repräsentantenhaus sprachen sich 27 Republikaner, 183 Demokraten und 2 Unabhängige gegen die Gesetzesvorlage aus.

Dabei handelt es sich um eine prozedurale Selbstbindung des Congress,

- der sich dazu verpflichtet, über ein von der Exekutive vorgelegtes Handelsabkommen binnen 90 Tagen abzustimmen – und zwar ohne Zusätze (*amendments*) und mit begrenzter Redezeit in beiden Kammern der amerikanischen Legislative.

Durch diese sogenannten ‚*expedited procedures*‘ soll sichergestellt werden, dass der Congress, dem nach der amerikanischen Verfassung auch die Vertragshoheit in Handelsfragen obliegt, die Entscheidung über ein vorgelegtes Handelsabkommen weder zeitlich noch inhaltlich ad infinitum verschleppen bzw. verwässern kann.

Der Durchbruch bei der von der Bush-Administration vehement geforderten Erneuerung der ‚*trade promotion authority*‘ des Präsidenten erfolgte am 25. Juli 2002, als sich Bill Thomas (R-Cal.), der Vorsitzende des *Ways and Means Committee* im Repräsentantenhaus, und Max Baucus (D-Mon.), der Vorsitzende des *Finance Committee* des Senats im Vermittlungsausschuss auf einen politisch tragfähigen Kompromiss für die sogenannte *Trade Adjustment Assistance* (TAA) einigen konnten. Dieser sieht vor, Arbeitnehmern, die ihre Arbeitsplätze auf Grund neuer Freihandelsvereinbarungen verlieren, staatliche Unterstützungsleistungen (z.B. Steuerfreibeträge für laufende Krankenversicherungen, Job Training) für einen Zeitraum von bis zu 104 Wochen zukommen zu lassen. Für diese Maßnahmen sollen über 10 Jahre etwa 12 Mrd. USD bereit gestellt werden.

Vor allem die amerikanischen Gewerkschaften hatten sich mit Verweis auf Arbeitsplatzverluste und die Einschränkung von Arbeitnehmerrechten immer wieder gegen die Erneuerung des Schnellverfahrens bei Freihandelsverträgen ausgesprochen und dabei die Unterstützung des gewerkschaftsnahen Flügels der demokratischen Partei im Repräsentantenhaus gefunden (vgl. CR 10/1998, S. 5). So hatten sich im Dezember 2001 nur 21 Demokraten im Repräsentantenhaus für „*fast track*“ ausgesprochen, so dass die Befürworter der Gesetzesvorlage nur die hauchdünne Mehrheit von einer Stimme zustande brachten.

Dass bei der Abstimmung über den Bericht des Vermittlungsausschusses im Juli 2002 dann 25 Mitglieder der demokratischen Fraktion im Repräsentantenhaus für die Erneuerung des Schnellverfahrens stimmten und dem Präsidenten zum Sieg verhalfen, ist neben den Bemühungen des Demokraten Cal Dooley (Cal.) vor allem der intensiven *Lobbying*-Kampagne Bushs und seines Handelsbeauftragten Robert Zoellick zuzuschreiben. Die Administration hat angekündigt, dass sie nach der Erneuerung des Schnellverfahrens durch den Congress den Freihandel mit Australien, dem Südlichen Afrika und Zentralamerika intensivieren will.

2. Congress beschließt Verschärfung der Unternehmensaufsicht

Senat und Repräsentantenhaus haben am 25. Juli 2002 in nahezu einstimmigen Voten eine Verschärfung des Unternehmensrechts verabschiedet. Präsident Bush hat die Gesetzesvorlage am 30. Juli unterzeichnet.

Im Repräsentantenhaus stimmten 423 Abgeordnete für die Annahme, nur 3 republikanische Abgeordnete dagegen. Der Senat sprach sich mit 99 gegen 0 Stimmen für die Annahme aus.

Der zwischen den beiden Kammern im Schnellverfahren ausgehandelte Kompromiss folgt in wesentlichen Bestimmungen dem unter Federführung von Paul Sarbanes (D-Md.), dem Vorsitzenden des *Senate Banking Committee*, ausgearbeiteten Konzept und geht deutlich über die Vorschläge des Präsidenten und der Republikaner im Congress hinaus.

Das Gesetz sieht unter anderem vor,

- die Strafen für Vergehen gegen Bilanz- und Geschäftsführungsbestimmungen zu erhöhen,
- Klagen von Aktieninhabern gegen Unternehmensführungen bei Manipulationen an den Bilanzen zu erleichtern,
- die Praktiken der Bezahlung von Unternehmensführungen und Mitarbeitern transparenter zu gestalten,

-
- Interessenkonflikte durch eine klarere Trennung von Bilanzprüfung und Unternehmensberatung weitgehend zu vermeiden und
 - eine gesonderte Kommission zur Aufsicht über Wirtschaftsprüfungsgesellschaften einzurichten.

Zudem soll das Budget der in den zurückliegenden Jahren von Kürzungen stark betroffenen *Securities and Exchange Commission* wieder aufgestockt werden, um eine umfassendere Unternehmensaufsicht gewährleisten zu können.

Die beschleunigte Verabschiedung der Reform des Unternehmensrechts, sowie die teilweise drastischen Strafverschärfungen, müssen vor dem Hintergrund der wachsenden Sorge über eine Verunsicherung der Finanzmärkte durch eine anhaltende Serie von Finanzmanipulationen bei US-amerikanischen Großunternehmen gesehen werden.

Nachdem die durch die spektakuläre Insolvenz des Energieunternehmens *Enron* angestoßenen Beratungen des Congress über eine Verschärfung der Unternehmensaufsicht im Frühsommer zunächst merklich an Schwung verloren hatten, verlieh das Bekanntwerden von Bilanzmanipulation bei dem Telekommunikationsgiganten *WorldCom* den Reformbemühungen neuen Nachdruck.

So gaben die Republikaner auf Grund von Befürchtungen, in den anstehenden Congress-Wahlen für eine zu große Nähe zu Wirtschaftsinteressen abgestraft zu werden, ihre Vorbehalte gegen zahlreiche von den Demokraten geforderte Änderungen des Unternehmensrechts auf.

Präsident Bush, der wegen seiner eigenen Praxis als CEO (*Chief Executive Officer*) der Ölfirma *Harken* in die Kritik geraten war, forderte in einer Reihe von öffentlichen Ansprachen schnelle und drastische Reformschritte. Bush begrüßte denn auch den ausgehandelten Kompromiss und versprach eine unnachgiebige Umsetzung der Bestimmungen.

Insbesondere solche Maßnahmen, wie das Verbot von Firmendarlehen an CEOs zu Sonderkonditionen und die Beeidung der Richtigkeit von Bilanzen durch die Unternehmensführung, sollen das angeschlagene Vertrauen der Anleger in die US-Wirtschaft wiederherstellen.

Eine Reform der von den Finanzmanipulationen und der Baisse an der Börse besonders hart getroffenen - teilweise firmeneigenen – Pensionsfonds, sowie der individuellen Anlegerkonten zur Alterssicherung, steht allerdings noch aus.

3. Medikamenten-Zusatzversicherung für Senioren scheitert im Senat

Der Senat hat in einer Serie von Abstimmungen Ende Juli 2002 die Vorlagen beider Parteien zur Einführung einer Medikamenten-Zusatzversicherung (*Medigap Insurance*, vgl. CR 6-7/2002, S. 8) für Senioren, sowie einen demokratischen Kompromissentwurf, abgelehnt.

Der von der Demokratischen Partei favorisierte Gesetzentwurf erhielt in einer Abstimmung am 23. Juli 2002 52 Stimmen bei 47 Gegenstimmen. Damit erzielte er zwar eine einfache Mehrheit, verfehlte jedoch die aufgrund der Überschreitung der geltenden Budgetobergrenzen notwendige qualifizierte Mehrheit von 60 Stimmen.

Der Entwurf der Demokraten sah eine Versicherung aller Anspruchsberechtigten unter *Medicare* bei einer monatlichen Prämie von jeweils 25 USD vor. Die Versicherung sollte Ausgaben bis 4000 USD jährlich übernehmen. Für darüber liegende Ausgaben für einkommensschwache Senioren sollten die Gesamtkosten abgedeckt werden. Der Finanzbedarf für die Gesetzesinitiative wurde für 2005 bis 2012 auf 594 Mrd. USD geschätzt.

Für die von der Republikanischen Partei eingebrachte Gesetzesvorlage stimmten am 24. Juli 2002 nur 48 Senatoren, während sich 51 dagegen aussprachen. Die Vorlage entsprach im Kern einem republikanischen Gesetzentwurf, den das Repräsentantenhaus bereits Ende Juni mit 221 gegen 208 Stimmen angenommen hatte.

Der republikanische Vorstoß setzte im Unterschied zum demokratischen auf eine staatliche Förderung privater Medikamenten-Zusatzversicherungen, die durch die Zuschüsse für alle Senioren attraktiv gemacht werden sollen. Die Ausgaben sollten sich zwischen 2005 und 2012 auf ca. 370 Mrd. USD belaufen.

Ein von demokratischen Senatoren vorgelegter Kompromissvorschlag wurde am 30. Juli 2002 mit 49 gegen 50 Stimmen ebenfalls abgelehnt. Er sah bei projektierten Kosten von ca. 400 Mrd. USD eine Abdeckung für Senioren bis zu einem Einkommen von 200 Prozent über der offiziellen Armutsgrenze bzw. Ausgaben von über 3.300 USD jährlich vor.

Der als zwischenparteiliches Verhandlungsangebot konzipierte Gesetzentwurf der Demokraten erhielt jedoch nur die Unterstützung von vier republikanischen Senatoren und stieß zudem bei einigen demokratischen Senatoren selbst auf grundsätzliche Vorbehalte. Präsident Bush, dessen Vorschlag von Anfang des Jahres nicht zur Beratung gekommen war, unterstützte die republikanische Vorlage.

Angesichts der tiefen parteipolitischen wie ideologischen Gräben, gestanden Vertreter beider Seiten das vorläufige Scheitern ihrer Bemühungen um das - aufgrund der in den letzten Jahren stark gestiegenen Medikamentenkosten - populäre Gesetzgebungsvorhaben ein und verwiesen auf ein diesbezügliches Votum der Wähler in den kommenden Congress-Wahlen.

Der Senat hat sich im Gegenzug in zwei weiteren Abstimmungen mit breiten Mehrheiten dafür ausgesprochen, die Verlängerung von Patenten zu erschweren und gleichzeitig den Reimport von Medikamenten zu erleichtern, um den Kostensteigerungen entgegen zu wirken. Ob die Öffentlichkeit die angebotenen Teillösungen als Kompensation für das Scheitern einer Medikamenten-Zusatzversicherung akzeptiert, ist allerdings fraglich.

4. Kritik an Kriegsplänen gegen den Irak

In den Vereinigten Staaten sind die Präventivkriegspläne der Bush-Administration gegen den Irak, für die Sicherheitsberaterin Condoleeza Rice Mitte August 2002 in einem vorab veröffentlichten Interview mit der BBC nochmals mit Nachdruck geworben hat, auf Kritik der ‚*strategic community*‘ gestoßen. Während Rice von einem „moral case“ für das militärische Vorgehen der USA gegen das Regime Saddam Husseins sprach, dem die Administration vorwirft, den internationalen Terrorismus zu unterstützen und Massenvernichtungswaffen zu produzieren, mahnte Zbigniew Brzezinski, Sicherheitsberater unter Präsident Jimmy Carter, eine sorgsame Einschätzung der Konsequenzen eines Gewalteinsetzes gegen den Irak an.

Ohne eine von den USA ernsthaft betriebene Friedenslösung zwischen Israelis und Palästinensern, so Brzezinski, könnte die Gefahr entstehen, dass ein Angriff gegen den Irak „in der Region (und wahrscheinlich auch in Europa) als eine amerikanisch-israelische Bemühung angesehen werden könnte, eine neue Ordnung im Nahen Osten“ herzustellen. Auch müsse man mit den arabischen Verbündeten über Nachkriegsarrangements für den Irak sprechen. Schließlich dürfe auch die amerikanische und globale öffentliche Meinung nicht vernachlässigt werden. Insgesamt, so der frühere Sicherheitsberater, stehe mehr auf dem Spiel als nur der Irak, nämlich die Anlage des internationalen Systems.

In eine ähnliche Richtung argumentierte kürzlich auch der frühere Außenminister Henry Kissinger, der davor warnte, dass ein Präventivkrieg gegen den Irak die Gefahr in sich berge, die langfristigen Sicherheitsinteressen der USA im Nahen Osten zu gefährden. Auch Brent Scowcroft, Sicherheitsberater unter Präsident Bushs Vater 1989-1993 und gegenwärtig Vorsitzender des *Foreign Intelligence Advisory Board*, regte an, dass sich die USA vor einem Militärschlag gegen den Irak um eine ernsthafte Friedenslösung zwischen Israel und den Palästinensern bemühen und warnte vor einer Destabilisierung der weltweiten Anti-Terrorcoalition. Gleichzeitig plädierte er für diplomatischen Druck zur Durchsetzung eines neuen Inspektionsregime im Rahmen der Vereinten Nationen.

Obwohl die Administration sich für eine „Doktrin der Präemption“ ausgesprochen hat und einem „Regimewechsel“ im Irak unverhohlen das Wort redet, will sie sich öffentlich zu einem Zeitplan für einen Präventivkrieg (noch) nicht bekennen. Gleichwohl

mehren sich im Congress Stimmen, die eine vorherige Konsultation der Legislative durch die Administration anmahnen.

So hat *Majority Leader* Tom Daschle (D-S.D.) kürzlich darauf hingewiesen, dass der Präsident einen Krieg gegen den Irak nicht ohne Zustimmung des Congress führen dürfe. Auch Chuck Hagel (R-Neb.), einflussreiches Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, hat einen „nationalen Dialog“ angemahnt, eine Position die von Joseph R. Biden (D-Del.), dem Vorsitzenden des *Senate Foreign Relations Committee* geteilt wird. In Anhörungen Ende Juli/Anfang August 2002 hat sich der Ausschuss um erste Einschätzungen der Kosten und Folgen einer möglichen amerikanischen Militärintervention im Irak bemüht.

(Siehe dazu im einzelnen <http://foreign.senate.gov/hearings/hrg020731a2.html>, sowie <http://foreign.senate.gov/hearings/hrg020801a.html>)

5. Rüstungsbewilligung 2003 im Vermittlungsausschuss

Das Repräsentantenhaus und der Senat haben am 27. Juni bzw. 1. August 2002 ihren jeweiligen Bewilligungsgesetzentwurf für den Verteidigungshaushalt 2003 verabschiedet (*Fiscal Year 2003 Defense Appropriations*, HR 5010). Nach der Sommerpause muss nun zwischen den Verhandlungsführern beider Kammern noch Einigung über strittige Detailfragen erzielt werden.

Einigkeit besteht zwischen dem republikanisch dominierten Repräsentantenhaus und dem demokratisch kontrollierten Senat im Großen und Ganzen darüber, dass die Rüstungsausgaben gegenüber dem Haushaltsjahr 2002, das rechnungstechnisch am 30. September 2002 endet, deutlich erhöht werden sollen.

So sieht der Bewilligungsgesetzentwurf des Repräsentantenhauses

- ein Ausgabenvolumen von 354,7 Mrd. USD für die Titelgruppe 050 (*National Defense*) im Haushaltsjahr 2003 vor. Das sind etwa 2,1 Mrd. USD weniger als von Präsident Bush ursprünglich verlangt wurden, aber insgesamt 37,1 Mrd. USD mehr als 2002 vom Congress für das Pentagon bewilligt wurden.

Der Senat

- weicht mit einem Bewilligungsvolumen von 355,4 Mrd. USD nur unwesentlich von den makropolitischen Vorstellungen des Repräsentantenhauses im Rüstungsbereich ab.

Insgesamt sollen vor allem die Mittelzuweisungen für die Beschaffung neuer Waffensysteme (plus 10 Mrd. USD gegenüber 2002), für die Forschung und Entwicklung

(plus 8,8 Mrd. USD), sowie die Einsatzbereitschaft der amerikanischen Streitkräfte (plus 9,7 Mrd. USD), deutlich erhöht werden.

Ein von Präsident Bush verlangter sogenannter Notfallfonds (*contingency fund*) in Höhe von 10 Mrd. USD zur Terrorismusbekämpfung wurde vom Repräsentantenhaus aus der Genehmigung des Verteidigungshaushalts 2003 aber ausgegliedert. Hier hat die Kammer am 24. Juli 2002 zwar der geforderten Gesamtsumme zugestimmt, davon jedoch 3,1 Mrd. zur Deckung von bereits erfolgten Ausgaben im Kampf gegen den Terrorismus festgeschrieben. Die restlichen Mittel in Höhe von 6,9 Mrd. USD sollen vier Ausgabenkategorien, nämlich militärischen Einsätzen, dem Ersatz von Ausrüstungsgegenständen, Munitionsreserven und geheimdienstlichen Tätigkeiten zugeordnet werden.

Im Bereich Raketenabwehr, für den die Administration Mittel in Höhe von 7,8 Mrd. USD angefordert hat, sollen nach den Vorstellungen des Repräsentantenhauses 7,4 Mrd. USD bewilligt werden. Der Senat wiederum möchte für *Ballistic Missile Defense* 6,9 Mrd. USD zur Verfügung stellen. Darüber hinaus sollen nach dem Willen des Senats weitere 800 Mio. USD wahlweise für die Terrorismusbekämpfung und/oder die Raketenabwehr bewilligt werden. Umstritten ist im Bereich Raketenabwehr vor allem die Forderung der Administration, Mittel ohne vorherige Benachrichtigung und Zustimmung durch den Congress zwischen einzelnen Etatgruppen hin und her bewegen zu können.

Befürworter wie Verteidigungsminister Donald H. Rumsfeld und konservative republikanische Abgeordnete im Repräsentantenhaus wie Duncan Hunter (R-Cal.), der Vorsitzende des Streitkräfteunterausschusses für Forschung und Entwicklung, halten diese Form der haushaltspolitischen Flexibilität für unverzichtbar, um die Leistungsfähigkeit einzelner Programmkomponenten zu erhöhen. Kritiker wie Jack Reed (D-R.I.), Vorsitzender des *Armed Services Strategic Subcommittee* im Senat, befürchten eine Einschränkung der Informations- und Kontrollmöglichkeiten des Congress - und damit auch der amerikanischen Öffentlichkeit.

6. Beratungen über 'Homeland Security' im Senat verzögert

Obwohl die Schaffung eines Ministeriums für Nationale Sicherheit (*Department of Homeland Security*), das 22 sicherheitsrelevante Behörden und Dienste unter einem Dach zusammenfassen soll, im Congress breite Unterstützung genießt (vgl. CR 6-7/2002, S. 1), haben sich die Beratungen über den Gesetzentwurf Präsident Bushs im Senat im August verzögert.

Umstritten ist zwischen der Administration und der demokratischen Mehrheit im Senat vor allem, welche Freiräume dem Präsidenten und dem zuständigen Minister in der Führung der Behörde vom Congress zugestanden werden sollen. Dies betrifft neben

der Festschreibung und Kontrolle der Ausgaben insbesondere die Rechte der Mitarbeiter des neuen Super-Ministeriums.

Die Demokraten im Congress beharren darauf, dass die aus anderen Bereichen der Verwaltung umgesetzten Mitarbeiter ihre Rechte als Angestellte des öffentlichen Dienstes behalten. Demgegenüber insistiert der Präsident auf einem höchstmöglichen Maß an Flexibilität beim Einsatz der Mitarbeiter und will beispielsweise das Streikrecht ausschließen.

Die Demokraten haben als möglichen Kompromiss die Ausnahme aller Mitarbeiter vom Schutz des öffentlichen Dienstrechts angeboten, die in unmittelbar sicherheitsrelevanten Bereichen tätig sind. Bush zeigt sich jedoch unnachgiebig und hat damit gedroht, gegen eine Gesetzesvorlage, die nicht seinen Vorstellungen entspricht, sein Veto einzulegen.

Während das Repräsentantenhaus noch vor der Sitzungspause im August mit 295 gegen 132 Stimmen eine *Homeland Security Bill* angenommen hat, steht die geplante Verabschiedung einer Vorlage durch den Senat vor dem 11. September 2002, dem Jahrestag der Anschläge, nun in Frage.

Präsident Bush ist bisher nicht auf die Bemühungen der Demokraten eingegangen, einen für beide Seiten akzeptablen Kompromiss auszuhandeln. Stattdessen hat Bush versucht, in öffentlichen Auftritten Druck auf den Senat auszuüben, um die von der Administration favorisierte Variante ohne Abstriche durchzusetzen.

Der Präsident baut offensichtlich darauf, dass die Demokraten es angesichts der näher rückenden Congress-Wahlen im November nicht wagen werden, die als höchste Priorität der Bundesgesetzgebung geltende Vorlage scheitern zu lassen.

7. Repräsentantenhaus für Abtreibungsverbot

Wie schon in den Vorjahren hat sich das Repräsentantenhaus auf Druck der religiösen Rechten am 24. Juli 2002 mit 274:151 Stimmen dafür ausgesprochen, Schwangerschaftsabbrüche nach dem sechsten Monat zu verbieten und mit einer Gefängnisstrafe von bis zu zwei Jahren zu ahnden.

Für die Entscheidung (HR 4965) stimmten 208 Republikaner, sowie 65 Demokraten und ein Unabhängiger. Gegen den sogenannten *Partial-Birth Abortion Ban* sprachen sich 9 Republikaner, 141 Demokraten und ein Unabhängiger aus.

Ein Versuch der Demokraten, die Vorlage an den Rechtsausschuss des Repräsentantenhauses zurück zu verweisen und eine Ausnahmeregelung für den Fall zu formulieren, dass das Leben der Schwangeren gefährdet erscheint, scheiterte mit 187 gegen 241 Stimmen.

Die Befürworter der Gesetzesinitiative, die vom Abgeordneten Steve Chabot (R-Ohio) eingebracht wurde, begründeten ihren Vorstoß damit, dass Schwangerschaftsabbrüche nach dem sechsten Monat medizinisch in der Regel nicht notwendig seien, um die Gesundheit der Schwangeren zu schützen. Die Gegner wiederum verwiesen auf den Schutz des Lebens der Schwangeren, der durch einen *Partial-Birth Abortion Ban* massiv eingeschränkt werde, zumal späte Schwangerschaftsabbrüche in den USA eher selten seien und nur dann vorgenommen würden, wenn der Fötus eine Anomalie aufweise und/oder das Leben der Mutter ernsthaft gefährdet erscheine.

Hinter der Gesetzesinitiative steht die Auseinandersetzung um das seit 1973 durch den Obersten Gerichtshof in den USA verbrieftete Recht auf Abtreibung, das religiös-konservative Republikaner gerne aufweichen möchten. Demgegenüber verweisen die Gegner des *Partial-Birth Abortion Ban* auf eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofs aus dem Jahr 2000, in der ein Verbot des späten Schwangerschaftsabbruchs durch den Bundesstaat Nebraska für verfassungswidrig erklärt wurde, weil es keine Ausnahmeregelung für den Fall einer akuten Gesundheitsgefährdung der Schwangeren enthielt.

Während die republikanische Fraktionsführung im Repräsentantenhaus nach der Entscheidung auf eine baldige Beschlussfassung durch den Senat drängte, ließen die Demokraten im Senat erkennen, dass sie keine Abstimmung zu späten Schwangerschaftsabbrüchen in dieser Sitzungsperiode planen.

8. Repräsentantenhaus für neue Untersuchung der September-Anschläge

In einer überraschenden Wendung hat sich das Repräsentantenhaus am 25. Juli 2002 für die Einsetzung einer unabhängigen Kommission zur Untersuchung der Hintergründe der Terror-Anschläge vom 11. September 2002 ausgesprochen.

219 Abgeordnete stimmten für die als Zusatz zur Haushaltsgenehmigung für die Arbeit der Geheimdienste eingebrachte Vorlage (*Fiscal Year 2003 Intelligence Authorization*, HR 4628), 188 dagegen. Dabei schlossen sich 25 Republikaner, 1 Unabhängiger und 193 Demokraten an und verhalfen damit dem von Tim Roemer (D-Ind.) initiierten Vorstoß zur Mehrheit.

Der geplanten zehnköpfigen Untersuchungskommission sollen auch zwei Vertreter der Familien der Opfer der Anschläge angehören. Die betroffenen Familien haben dafür in den zurückliegenden Wochen bei den Mitgliedern des Congress nachdrücklich geworben.

Der Umfang des Untersuchungsauftrags der Kommission wurde im Zuge der Kompromissbildung allerdings deutlich eingeschränkt. Dadurch wurde auch die Unterstützung einer Reihe von konservativen Republikanern sichergestellt, die den Geheimdiensten kritisch gegenüberstehen.

Für Präsident Bush, der sich dezidiert gegen die Einsetzung einer solchen Kommission ausgesprochen hat, stellt die Abstimmung eine empfindliche Niederlage dar. Die Administration vertritt die Auffassung, dass eine zusätzliche Untersuchung nicht notwendig ist und die Arbeit der Sicherheitskräfte behindern werde.

Eine parallele Initiative, die im Senat von Joseph I. Lieberman (D-Conn.) und John McCain (R-Ariz.) eingebracht wurde (vgl. CR 5/2002, S. 1), ist ungeachtet der Unterstützung durch die Führung der demokratischen Mehrheit bisher nicht zur Abstimmung gekommen, da eine für die Durchsetzung erforderliche qualifizierte Mehrheit von 60 Stimmen nicht gesichert scheint.

Liebermann und McCain begrüßten die Annahme der Vorlage durch das Repräsentantenhaus und überlegen nun, im Senat eine entsprechende Initiative ebenfalls auf dem Weg des Zusatzes zu einem Ausgabengesetz zur Abstimmung zu bringen.

9. CBO korrigiert Prognosen zur Haushaltsentwicklung

Das Haushaltsbüro des Congress hat Anfang August 2002 neue, deutlich pessimistischere Vorhersagen zur Haushaltsentwicklung in den Vereinigten Staaten vorgelegt. Entgegen früherer Prognosen (vgl. CR 3/2002, S. 9), die für das laufende Haushaltsjahr 2002, das rechnungstechnisch am 30. September endet, lediglich von einem Defizit von bis zu 90 Mrd. USD ausgegangen waren, rechnet das *Congressional Budget Office* (CBO) nun mit einem Fehlbetrag von 157 Mrd. USD. Diese Vorhersage deckt sich in etwa mit den Berechnungen des *Office of Management and Budget* im Weißen Haus, das Mitte Juli 2002 ein Defizit von 165 Mrd. USD für das laufende Haushaltsjahr prognostiziert hat.

Zum Vergleich: Im Vorjahr hatte der amerikanische Bundeshaushalt noch ein Plus von 127 Mrd. USD aufgewiesen, und insgesamt war das CBO zu Beginn der Präsidentschaft Bushs noch von einem Haushaltsüberschuss von 5,6 Billionen USD für den Zeitraum von 2001 bis 2010 ausgegangen (vgl. CR 2/2001, S. 3).

Das Haushaltsbüro des Congress macht für die negative Budgetentwicklung in den Vereinigten Staaten zum einen die Steuerausfälle (vor allem bei der Kapitalertragssteuer), zum anderen die steigenden Bundesausgaben (vor allem im Rüstungsbereich) nach den Terroranschlägen des 11. September verantwortlich.

Während das *Congressional Budget Office* erst Ende August neue, längerfristige Prognosen zur Haushaltsentwicklung vorlegen will, geht das *Office of Management and Budget* (OMB) unter Leitung von Mitchell E. Daniels Jr. für die Jahre 2003 und 2004 von einem Defizit von 109 bzw. 48 Mrd. USD aus. Ab dem Jahr 2005 rechnet das OMB dann wieder mit einem Überschuss im amerikanischen Bundeshaushalt.

Kritiker wie Kent Conrad (D-N.D.), der Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Senat, halten diese Schätzungen allerdings für viel zu optimistisch und rechnen allein für das kommende Haushaltsjahr 2003 mit einem Defizit von mindestens 194 Mrd. USD. Sie verwiesen dabei vor allem auf die steigenden Bundesaussgaben im Rüstungsbereich, wo die Vereinigten Staaten im nächsten Haushaltsjahr 354 Mrd. USD ausgeben wollen (gegenüber 317 Mrd. USD im Jahr 2002).

10. Repräsentantenhaus schließt Abgeordneten aus

Das Repräsentantenhaus hat am 24. Juli 2002 mit 420 gegen 1 Stimme dem Abgeordneten James E. Traficant (Ohio) das Mandat entzogen.

Neun Abgeordnete enthielten sich der Stimme; nur Gary C. Condit (D-Cal.), der selbst wegen einer Affäre mit einer Praktikantin öffentlich unter Druck geraten ist, sprach sich für den Verbleib Traficants im Amt aus. Traficant ist damit der zweite Abgeordnete, der seit dem US-amerikanischen Bürgerkrieg (1861-65) von seinen Kollegen des Amtes enthoben worden ist.

Das *House Committee on Standards of Official Conduct* unter Leitung von Joel Hefley (R-Col.) hatte Mitte Juli den Ausschluss empfohlen. Traficant war im April von einem Geschworenengericht in 10 Punkten wegen Betrugs, Bestechung und Korruption verurteilt worden.

Schon in den 1980er Jahren war der schillernde, in seinem Wahlkreis jedoch sehr populäre Politiker wegen Korruptionsverdachts angeklagt, damals jedoch frei gesprochen worden.

Traficant, der seine Unschuld beteuert und die Bundesregierung einer Verschwörung gegen seine Person bezichtigt, will gegen das Urteil Berufung einlegen. Einen Antrag republikanischer Abgeordneter, denen sich Traficant nach seinem Ausschluss aus der demokratischen Fraktion politisch zusehends annäherte, das Verfahren zur Entziehung des Mandats bis zur Berufungsentscheidung zu suspendieren, wurde jedoch mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

In den Congress-Wahlen im November 2002 will sich Traficant erneut um ein Mandat bewerben und den Wahlkampf notfalls aus dem Gefängnis heraus führen. Der Sitz bleibt bis zu den Wahlen vakant.